Nr. 226a
XXXI. Jahrgang

Berliner Tageblatt

Berlin
6. Mai 1902

Parlaments-Ausgabe

Haus der Abgeordneten.

74. Sitzung vom 5. Mai, 11 Uhr.

(Fortsetzung aus dem Abendblatt)

Abg. Dr. **v. Heydebrand** (kons.) tritt für Uebergang zur Tagesordnung ein.

Abg. Dr. **Sattler** (natl.) beantragt, die Petition zur Erwägung zu überweisen.

Abg. Dr. **Hirsch** (Berlin, fr. Vp.):

Heute sind unendlich viel Frauen und Mädchen darauf angewiesen, sich ihren **Lebensunterhalt selbst zu erwerben**, außerhalb des Hauses, außerhalb der Familie, und deshalb sind sie darauf angewiesen, sich in der Oeffentlichkeit zu bethätigen und auch in die Oeffentlichkeit zu gehen, ihre Erwerbsbedingungen zu verbessern. Wenn man sieht, wie die Frauen es verstehen, sich in die öffentlichen Angelegenheiten einzuarbeiten, wie sie als Künstlerinnen, als Medizinerinnen, Schriftstellerinnen und in der Wohlfahrtspflege Hervorragendes leisten, so versteht man nicht, wie man ihnen Vereinsthätigkeit verbieten will. Wo die Frauen die Rechte bereits haben, die sie bei uns erstreben, in Nordamerika, in Skandinavien, hat es nirgendwo zu Unzuträglichkeiten geführt. Mir ist nur ein einziger Fall bekannt, aber der ist eben mehr Sache des Temperaments als des Geschlechtes. Durch den gegenwärtigen Zustand wird jede sozialpolitische Thätigkeit unterbunden. Weil das die verständigen Behörden eingesehen haben, drückt man ja auch gern ein Auge zu und ist tolerant. Man geht in der Toleranz zum Theil recht weit. Ich erinnere zum Beispiel an die **Versammlung des Bundes der Landwirthe** im Circus Busch und seine Damen. Es kann aber auch für Sie (nach rechts) wieder anders kommen. Bestehend ist es auf jeden Fall für den einen Theil unserer Bevölkerung, daß er nicht an den Bestrebungen theilnehmen darf, wozu die andere Hälfte berechtigt ist. Wir bitten deshalb, diese Petition der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen. (Beifall.)

Abg. Frhr. **v. Heereman** (Ctr.):

Ich bin mit den meisten Ausführungen des Vorredners nicht nur nicht einverstanden, sondern **stehe prinzipiell auf dem entgegengesetzten Standpunkte.** Ich will auf die intellektuellen Eigenschaften nicht eingehen. Aber die christliche Auffassung ist es nicht, die der Vorredner hier ausführte. Mulier taceat in ecclesia. Ihre Aufgabe verweist die Frau in erster Linie in die Familie, in das Haus; sie soll in den Kindern den Idealismus fördern, zu dem der Mann wegen seiner starken öffentlichen Bethätigung nicht dieselbe Ruhe, Sammlung und Veranlagung hat. Die natürlichen und physischen Grenzen in der verschiedenen Veranlagung der Geschlechter lassen sich nicht durch Machtspruch aus der Welt schaffen.

Abg. Dr. **Müller** (fr. Vp.):

Mit den Emanzipationsbestrebungen hat die Petition nichts zu thun. **Es handelt sich nur darum, einen unhaltbaren Zustand zu beseitigen.** Wir bekämpfen, daß über die Duldung der Frauen Polizeiorgane zu entscheiden haben. So kommt es, daß **nicht nur die Versammlungen** verschieden **behandelt werden,** sondern auch die einzelnen Redner. Ich wohnte z. B. einer Versammlung bei, in der die Frauen ruhig bleiben durften, sobald ich aber das Wort nahm, mußten die Frauen das Lokal verlassen. (Hört, hört! links.) Ich wundere mich über die Haltung des Centrums. Im Reichstag ist doch das Centrum selbst für die Zulassung der Frauen zu den sozialpolitischen Vereinen eingetreten. Man sagt: die Frau gehört in die Familie. Gewiß! Aber wie viel Frauen giebt es, die gezwungen sind, den Kampf ums Leben, den Kampf mit den Männern aufzunehmen! Selbst Freikonservative wollten den Frauen im Reichstag doch das aktive Wahlrecht geben. **Wir wollen im Versammlungsrecht gesetzliche Bestimmungen, keine Polizeiwillkür.** In ruhigem Fahrwasser sollen die Verhandlungen geführt werden. Waren denn etwa die Verhandlungen im Circus Busch so temperamentvoll? Wir wollen keine verschiedenartige Behandlung der Frauen nach Parteien. Indem wir diese Frauenpetitionen zur Berücksichtigung empfehlen, glauben wir geradezu eine ideale Aufgabe zu erfüllen. (Sehr wahr! links.) Wir sind zu unserer Forderung um so mehr berechtigt, als die Befugnisse der Frauen ja auch durch das bürgerliche Gesetzbuch erweitert sind. (Beifall links.)

Darauf wird ein **Antrag auf Schluß der Erörterung** gegen die Stimmen der Freisinnigen angenommen. Hierdurch wurde, wie wir besonders bemerken wollen, der freisinnigen Vereinigung, für welche der Abg. Pelkasohn sprechen wollte, das Wort abgeschnitten.

Der Kommissionsantrag auf **Uebergang zur Tagesordnung** wird gegen die Stimmen der Nationalliberalen und Freisinnigen angenommen.

Als Material überwiesen wird der Regierung nach dem Kommissionsantrage (Berichterstatter Abg. Sielermann, kons.) die Petition des Rittergutsbesitzers Krieg in Gräfenhain um Erleichterung der Patronatslasten.

Die **Petition des Magistrats zu Posen** um Verbesserung der Vertretung der posenschen Städte auf dem Provinziallandtage soll nach dem Antrag der Kommission als Material überwiesen werden. — Auf Antrag des Abg. Pelasohn (fr. Vg) wird die Petition von der Tagesordnung abgesetzt.

Die Kommission (Berichterstatter Abg. Dr. Göscher (natl.) hat beschlossen, die Petition von Tzehl und Gen. in Berlin um **Abschaffung der für Subaltern- und Unterbeamte als Disziplinarstrafe bestehenden Arreststrafe** durch Uebergang zur Tagesordnung für erledigt zu erklären.

Abg. **Kopsch** (fr. Vp.)

bittet um Ueberweisung zur Berücksichtigung. Beim Militär bestehe die Arreststrafe ja allerdings auch, aber doch für alle Rangstufen; das sei bei den Beamten nicht der Fall. Es sei für diese Strafe ins Feld geführt, daß sie nur in den allerschlimmsten Fällen der Insubordination angewandt werde. Das sei nicht richtig, es seien ihm Fälle bekannt, daß diese Strafe auch verhängt sei, weil die Beamten in angeheitertem Zustande in den Dienst gekommen seien. Die Erklärungen der Ministerien zeigten, daß diese Strafe ganz verschieden gehandhabt werde. Zum Finanzministerium herrsche die humanere Auffassung. Die Beamten, die nur durch Arreststrafen angehalten werden könnten, ihre Pflicht zu thun, solle man lieber beseitigen. **Ueber 120,000 Beamten schwebe jetzt das Damoklesschwert der Arreststrafe.** Die Thatsache, daß die Petition 4500 Unterschriften aufweise, zeige, wie wichtig die Angelegenheit sei. Die Hebung der allgemeinen Bildung und die veränderte Auffassung des Begriffs Strafe forderten die Beseitigung der Arreststrafe. In Rußland möge man auf administrativem Wege eine solche Strafe einführen können, bei uns dürfe das nicht geschehen. (Beifall links.)

Geheimer Finanzrath **Enke:**

Ein Unterschied in der Auffassung über die Strafe zwischen dem Ministerium des Innern und dem Finanzministerium besteht nicht. Bei uns ist allerdings die Arreststrafe nur selten angewandt, **sie wird auch wohl bald formell beseitigt sein;** für den äußeren Dienst läßt sich die Strafe aber nicht beseitigen.

Damit schließt die Besprechung.

Der Kommissionsantrag wird angenommen.

Die Petition des Kaufmanns und Schiffsrheders Zimmermann in Demmin um Aufhebung der Polizeiverordnung betreffend den Schiffsverkehr auf der Peene an der Kahldenbrücke im Hafen Demmin wird nach dem Kommissionsantrag (Berichterstatter Abg. Dr. v. Quistorp-Trenow, kons.) zur Berücksichtigung überwiesen.

Die Petition des Mühlenbesitzers Schülken in Oberwiese bei Waltrop um Entschädigung für Abschneidung eines Weges durch den Dortmund-Ems-Kanal wird nach dem Antrag der Kommission (Berichterstatter Abg. Jürgensen (natl.)) zur Erwägung überwiesen.

Eine Petition des Detaillistenverbandes für Hessen und Waldeck fordert Verbot der Betheiligung von Beamten, Geistlichen und Lehrern an der Verwaltung handeltreibender landwirthschaftlicher Genossenschaften.

Die Kommission, Berichterstatter Abg. Lückhoff (freik.), beantragt Uebergang zur Tagesordnung.

Abg. **Eckels** (natl.):

Ich will dem Kommissionsantrag nicht widersprechen, muß aber betonen, daß die Forderung der Petition zweifellos berechtigt ist. Es giebt großartige genossenschaftliche Unternehmungen, die den soliden Handelsstand schwer schädigen. Ich sehe davon ab, einen Antrag auf Ueberweisung zu stellen, weil der Instanzenweg von den Petenten noch nicht erschöpft ist.

Abg. **v. Mendel-Steinfels** (kons.):

Soweit ich das Genossenschaftswesen kenne, sind Geistliche und Lehrer bei der Verwaltung großer Genossenschaften nicht betheiligt. Wo sollten sie dazu auch die Zeit hernehmen? Die Lehrer und Geistlichen nehmen also nur an der Verwaltung kleiner örtlicher Genossenschaften Theil. Dagegen können keine Bedenken vorliegen.

Der Kommissionsantrag wird angenommen.

Eine Petition des **Bundes der Handel- und Gewerbetreibenden in Berlin** fordert bessere Berücksichtigung der Gewerbetreibenden aus den Steuerklassen III und IV bei der Errichtung einer Handelskammer in Berlin.

Die Kommission, Berichterstatter Abg. Wiersdorff (natl.), beantragt Ueberweisung als Material. Der Antrag wird ohne Erörterung angenommen.

Zwei **Petitionen von Hebammen** fordern **gesetzliche Regelung der Einkommensverhältnisse der Bezirkshebammen** und Errichtung einer Pensionskasse für Hebammen. Die Kommission beantragt Ueberweisung als Material.

Abg. **Winkler** (kons.)

stimmt dem Antrage zu, weist aber darauf hin, daß unser preußisches Hebammenwesen nicht auf der Höhe der Zeit stände. Andere Bundesstaaten leisteten darin viel mehr. Man müsse aber noch abwarten, ob sich die Absicht der Regierung verwirklichen lasse, eine reichsgesetzliche Versicherungspflicht der Hebammen durchzuführen. Es ist bedauerlich, daß dies ganze wichtige Gebiet den Kommunen überlassen sei.

Geheimer Medizinalrath Dr. **Dietrich:**

Der **Mängel** des **preußischen Hebammenwesens** sind **wir uns bewußt.** Die Regierung schenkt dieser Angelegenheit große Aufmerksamkeit. Bei einer Neuregelung der Verhältnisse der Bezirkshebammen wird den Bezirken die Verpflichtung aufzuerlegen sein, in irgend einer Weise für die Besoldung aufzukommen. Es wird in Erwägung zu ziehen sein, ob man auch den Kreisverbänden eine derartige Verpflichtung auferlegen kann.

Der Kommissionsantrag wird angenommen.

Die Petition des Rittergutsbesitzers Kennemann und Genossen in Klenka um Erlaß eines Gesetzes über die Ablösung des Kirchenpatronats wird nach dem Antrag der Kommission (Berichterstatter Abg. Sielermann, natl.) als Material überwiesen.

Zur Erwägung wird überwiesen die Petition des Brennereibesitzers Conen in Aachen um Wiederbewilligung eines Privatthheilungslagers für inländischen Branntwein.

Die Petition des Hofners Meyer in Heringsdorf, Kreis Oldenburg in Holstein um Erlaß einer Grundsterenzlichabidigungsrente wird nach dem Antrag der Kommission, Berichterstatter Abg. Frhr. v. Dobeneck (kons.), der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Vizepräsident Dr. **Krause**

schlägt dem Hause vor, die nächste Sitzung abzuhalten Dienstag 1 Uhr mit der Tagesordnung: Berichte der Rechnungskommission, Gesetzentwurf betr. Abänderung von Amtsgerichtsbezirken, Gesetzentwurf betr. Voraussetzungen bei Wegebauten, Petitionen, **Antrag** Dr. **Langerhans** (fr. Vp.) betr. **fakultative Feuerbestattung.**

Abg. Dr. **v. Heydebrand** (kons.) zur Geschäftsordnung:

Ich möchte mir die Anfrage gestatten, ob wir nicht eine Uebersicht über die gegenwärtige Geschäftslage bekommen könnten. Soviel ich weiß, ist der **Berathungsstoff** im Wesentlichen **aufgearbeitet.** Wir sind morgen Nachmittag möglicherweise in der Lage, nach Hause gehen zu müssen. Es ist doch besser, wir gehen bei Zeiten nach Hause und kehren frühzeitig zurück als daß wir jetzt noch lange sitzen.

Vizepräsident Dr. **Krause:**

Die Entschließungen des Herrn Präsidenten hängen davon ab, ob wir noch heute oder morgen **eine größere Vorlage** der Staatsregierung erhalten. Es soll dann die erste Lesung dieser Vorlage noch vor Pfingsten auf die Tagesordnung gesetzt werden. Bestimmtes kann ich heute aber nicht sagen, ich möchte meinerseits auch den ersten Präsidenten nicht vorgreifen. Soweit ich übersehen kann, werden wir sonst morgen oder übermorgen in die Ferien treten können.

Abg. Dr. **v. Heydebrand:**

Dann möchte ich den Wunsch aussprechen, daß die Vorlage Freitag oder Sonnabend nach Himmelfahrt auf die Tagesordnung gesetzt wird. Wenn die Vorlage vor Pfingsten nicht mehr auf die Tagesordnung käme, hätte sich die Regierung das selbst zuzuschreiben.

Schluß nach 3 Uhr.

Herrenhaus.

9. Sitzung vom 5. Mai, 1 Uhr.

Am Ministertische: Frhr. v. Rheinbaben, v. Podbielski, Frhr. v. Hammerstein, Schönstedt.

Einziger Gegenstand der Tagesordnung ist die **Berathung des Etats.**

In der allgemeinen Debatte spricht

Generalberichterstatter Graf **v. Königsmarck**

sein Bedauern darüber aus, daß der Etat diesmal nicht rechtzeitig verabschiedet ist. Redner rühmt die **Verdienste** des verstorbenen Ministers Dr. **v. Miquel,** der 1866 preußischer Unterthan geworden sei und mit seinem hellen Geiste sofort erkannt habe, daß Preußen nur groß werden könne unter einer Verfassungsmonarchie und unter Unterstützung Derer, die durch die Geschichte mit dem preußischen Staate verbunden sind. Seine Hauptverdienste seien die Steuerreform, die Tilgung der Staatsschulden und die Erhöhung der Beamtengehälter. Auch dem Eisenbahnwesen, der Kunst und Wissenschaft und der sozialen Gesetzgebung habe er seine Aufmerksamkeit zugewandt.

Graf **v. Mirbach:**

Bei verschiedenen Gelegenheiten, das letzte Mal bei Anwesenheit der Deputation einer Anzahl von Reichstagsabgeordneten, richtete Fürst Bismarck an die versammelten Herren die sehr scharfe Mahnung, sie möchten sich mehr mit den Fragen des Reiches beschäftigen. Ich werde dieser Mahnung Folge leisten. Die wichtigsten Fragen auf dem Gebiete der Wirthschaftspolitik unterstehen der Kompetenz des Reiches, der Reichstag muß sie genehmigen. Die Zusammensetzung und die Leistungsfähigkeit des Reichstages sind daher von entscheidendem Einfluß auf die Gesammtheit der deutschen Nation. Der Zolltarif vom Jahre 1879 wurde in der Zeit vom Februar bis zum 14. Juli zu Stande gebracht trotz der sich damals vollziehenden schweren Kämpfe zwischen Freihändlern und Schutzzöllnern. **Seit England Getreidezölle eingeführt hat, ist der Kampf in der ganzen Welt zu Gunsten des Schutzzolls entschieden;** die Kämpfe um Reichstage bewegen sich nur auf dem Felde der Bemessung der Sätze für die einzelnen Produktionszweige. Ich nehme natürlich aus die **Bestrebungen der radikalen Parteien,** die, wie der Herr Minister v. Podbielski sehr zutreffend bemerkt hat, **aus Haß gegen das platte Land diese Frage in das politische Machtgebiet übertragen wollen.** Aus den Abstimmungen der damaligen Verhandlungen geht hervor, daß die Präsenz 350 und mehr betragen hat. In nahezu derselben Präsenz wurden die Verhandlungen der Novelle zum Zolltarif vom Jahre 1887 erledigt. Heute ist bei den wichtigsten Fragen die Präsenz außerordentlich gering. In der Diätenlosigkeit kann der Grund der Beschlußunfähigkeit nicht liegen, ebensowenig in den fünfjährigen Legislaturperioden. Der Grund liegt nach meiner Meinung sehr viel tiefer. Der zweite Reichskanzler trat eine reiche Erbschaft, ich möchte sagen, eine erdrückende Erbschaft an. Er war ihr keineswegs gewachsen, und die Konsequenz davon ist, daß der gegenwärtige Kanzler eine sehr viel minderwerthige Erbschaft angetreten hat, die man im gewöhnlichen Leben nur zum beneficio inventarii antritt. Was den früheren Reichskanzlern ihr Prestige gegeben hat, das war die gewaltige Person des ersten Kanzlers. So lange es sein Gesundheitszustand erlaubte, erschienen die Abgeordneten, die seinem Hause näher standen, jeden Tag in den Theestunden von 9 bis 11 Uhr bei ihm, es wurde dann über Wirthschaftspolitik diskutirt, und dies gesellschaftliche Leben im Hause des Kanzlers war in der That von der höchsten Bedeutung. An die Stelle der Bismarckschen klaren, entschiedenen und zielbewußten Politik im Innern und nach außen ist dann eine Politik „Wir nehmen das Gute, wo wir es finden, getreten. Der Kurs mit dem bekannten Namen bewegte sich eine Zeit lang in der Richtung des Kampfes gegen den Umsturz. Aber das Gesetz zum Schutze der Arbeitswilligen ließ der Reichstag in der Versenkung verschwinden, er bereitete ihm nicht einmal ein anständiges Begräbniß. Die schwankende Politik mußte natürlich die radikalen Elemente hochtreiben. Ein anderer Mißstand ist, daß es im Reichstage von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken an geeignetem Rednerchoch fehlt. Im Vordergrunde des Kampfes stehen immer noch diejenigen Parlamentarier, die schon seit langen Jahren diesen Kampf führen. Ich würde es **beklagen, wenn man im Reichstage Diäten einführen wollte.** Zunächst müßte man das geheime Wahlrecht beseitigen; erst dann ließe sich über die Diätenfrage reden. Das allgemeine Wahlrecht ist ein sehr starkes rein demokratisches Band, das der erste Kanzler um das neu begründete Reich geschlungen hat. Ich glaube, daß in keiner Partei, auch auf der rechten, irgend Jemand gewillt ist, an dem allgemeinen Wahlrecht zu rütteln. Wir haben es und werden daran festhalten. Aber in dem geheimen Wahlrecht erblicken wir eine schwere Gefahr. Dieser Ansicht war auch Fürst Bismarck. Die Konsequenz der Bewilligung von Diäten wäre die **Beseitigung des geheimen Wahlrechtes,** dieses Nährbodens der Sozialdemokratie, und ich bin überzeugt, das Centrum würde in seinem Kampfe gegen die Sozialdemokratie bei dem offenen Wahlrecht viel bessere Erfolge haben, der feste Organismus der katholischen Kirche braucht das Licht der Oeffentlichkeit nicht zu scheuen. Wenn man den auf Grund des allgemeinen gleichen und geheimen Wahlrechtes gewählten Abgeordneten Diäten bewilligt, so würde das nur dazu führen, in allen Parteien ohne Ausnahme die radikalen Elemente hochzubringen, das heißt diejenigen, die geneigt sind, Versprechen zu machen ohne Rücksicht auf die Möglichkeit ihrer Erfüllung, die besonnenen Elemente aber würden beseitigt, und das wäre verhängnißvoll, nicht blos für den deutschen Reichstag, sondern auch für den Bestand des deutschen Reiches. Möge Gott dem ersten Beamten des Reiches und des Staates die Kraft geben, Preußen und Deutschland in festem Kurse so zu leiten, wie es gefeitet wurde, als es sich den ersten Platz unter den großen Nationen errang! Eine solche Politik ist aber nur durchführbar, wenn sie sich stützt auf eine gerechte und vollkommene nationale Wirthschaftspolitik. (Beifall.)

Fürst Ferdinand **Radziwill**

kommt auf die Rede des Grafen Hoensbroech bei der Berathung der Vorlage betreffend den Erwerb von Bergwerkseigenthum für den Staat zurück. Es sei anzuerkennen, daß Graf Hoensbroech die Regierung ersucht hat, die kirchlichen Bedürfnisse der polnischen Arbeiter zu befriedigen; wenn aber Graf Hoensbroech vor den polnischen Geistlichen gewarnt und die Gefahr der sogenannten großpolnischen Agitation geschildert habe, so müsse er dem widersprechen. Der Agitation geschildert habe, so müsse er dem widersprechen. Der Begriff der großpolnischen Agitation werde sehr verschieden aufgefaßt; die Gottesfindung des Nationalgefühls der Polen betrachte Graf Hoensbroech schon als Landesverrath. Die polnischen Arbeiter besäßen als preußische Unterthanen das Freizügigkeitsrecht, sie könnten sich ihr Brod suchen, wo sie wollen, und es sei nur natürlich, daß sie die Traditionen ihrer Heimath pflegen und zu diesem Zwecke Vereine gründen. Daß die Seelsorge Sache der Kirche sei, gebe er zu. Wenn aber gesagt werde, daß polnische Geistliche landesverrätherische Tendenzen proklamirten und deshalb im Rheinlande und Westfalen nicht zugelassen werden dürften, dann müsse er auf das Entschiedenste und Feierlichste dagegen Widerspruch erheben. Eine solche Insinuation müßte jedenfalls mit anderen Beweisen belegt werden, als sie Graf Hoensbroech in der Lage war, anzuführen. Das Centrum habe doch durch die jahrzehntelangen parlamentarischen Verhandlungen erfahren, mit wie wenig Wohlwollen die Regierung die katholische Kirche in Preußen behandle. Er müsse es deshalb bedauern, daß Graf Hoensbroech, ein Katholik, in dieser Weise aufgetreten sei, anstatt der Regierung ins Gewissen zu reden, daß sie der Thätigkeit der Geistlichen für die betreffenden Bevölkerungskreise jede Erleichterung und Hilfe zu Theil werden lasse.

Minister Frhr. **v. Rheinbaben:**

Auf die vom Grafen Mirbach angeschnittenen Fragen kann ich nicht eingehen. In seinem eigenen wohlverstandenen Interesse **warne ich das Haus davor, sich mit Angelegenheiten des Reiches zu beschäftigen.** (Heiterkeit.) Den Schlußworten des Grafen Mirbach stimme ich allerdings bei. Das **Streben des Reichskanzlers ist stets dahin gegangen, eine Wirthschaftspolitik zum Schutze unserer nationalen Arbeit zu treiben.** Das hat der Reichskanzler bewiesen. (Beifall.) Auf die Rede des Fürsten Radziwill wird wohl Graf Hoensbroech selbst antworten. Ich bemerke nur, daß wir der katholischen Kirche nicht mißtrauisch gegenüberstehen, wohl aber den Bestrebungen der Polen, die sich überall von den Deutschen absondern. Ich spreche hier auf Grund meiner genauen Kenntnisse der Verhältnisse im Westen. (Beifall.)

Graf **v. Hoensbroech:**

Leider haben die Hetzereien in der polnischen Presse einen großen Umfang angenommen. Die Deutschen werden als Feinde, als Feinde, als Satanas bezeichnet, als Leute, die mit Hühnern und Schweinen zusammen essen. (Heiterkeit.) Die Deutschen werden als die ärgsten Schufte und Judasse hingestellt, hingestellt, die preußische Könige werden des Eidbruches beschuldigt, es wird gesagt, Preußen verdunke Polen seine Existenz. (Gelächter.) Diesem Treiben muß auf das Entschiedenste entgegengetreten werden. In meinen früheren Ausführungen über die polnische Geistlichkeit habe ich mich nur in allgemeinen Ausdrücken bewegt; die Rede des Fürsten Radziwill nöthigt mich, auf Einzelheiten einzugehen. Es giebt polnische Geistliche, die die Hetzereien der polnischen Presse direkt unterstützen, Geistliche, die die Religion der Politik dienstbar machen. Die Polen sprechen immer nur von ihren Rechten, aber

niemals von ihren Pflichten. Kommt darauf die Rede, dann müsse man sagen: „Ueber allen Wirkfeln ist Ruh“. (Heiterkeit.) Zu den Pflichten eines Staatsbürgers gehört aber nicht nur die Treue gegen den Landesherrn, sondern auch die Mitarbeit am Wohle des Landes. (Lebhafter Beifall, vereinzeltes Händeklatschen.)

Herr v. Koscielski:

Der preußische Staat möge doch einmal versuchen, die polnischen Mitbürger zur praktischen Mitarbeit heranzuziehen; dann wird er die Treue, Hingebung und Ergebenheit der Polen kennen lernen. Die starken Ausdrücke der polnischen Presse werden tausendfach aufgewogen durch den Schmutz, mit dem die deutsche Presse die Polen bewirft (Widerspruch); polnische Mitbürger würden vielfach persönlich verdächtigt. Halte man es etwa für möglich, ein kulturvolk wie das polnische zu beseitigen? Redner kommt des Weiteren auf die große Kluft, die zwischen den polnischen und den preußischen Anschauungen bestehe, und führt als Beispiel an, daß dieselben Kinder, die er als sittsam, artig und fleißig kenne, weit sie Kinder seiner Angehörigen seien, von der Regierung in Posen, also von einem Manne, der die Kinder gar nicht kenne, als sittlich verkommen bezeichnet würden. Er selbst habe die größte Hochachtung vor den Kindern, weil sie, dem vierten Gebot folgend, dem Willen der Eltern gehorchten; in Posen sage man, sie seien sittlich verkommen, weil sie die Grundlagen der Religion nicht in deutscher Sprache lernen und hersagen wollten. So himmelweit seien die Ansichten verschieden. Es sei sehr bedauerlich, daß die Regierung ein System der Verfolgung gegen die polnische Bevölkerung angenommen habe. Deshalb danke er Gott, daß er auf Seiten der Unterdrückten stehe und nicht auf Seiten der Unterdrücker.

Minister des Innern Freiherr **v. Hammerstein:**

Nur zwei Aeußerungen des Vorredners veranlassen mich, das Wort zu ergreifen, erstens, daß das Verhalten der Polen hervorgerufen sei durch Maßnahmen der Regierung, und zweitens, er bedauere, daß die königliche Staatsregierung ein System gegen die polnische Bevölkerung angenommen. Beide Behauptungen sind unrichtig. Die Regierung betrachtet die polnische Bevölkerung gerade so wie die anderen Provinzen, sie verlangt nur, daß sie sich als Preußen und nicht als Außer-Preußen fühle (Zustimmung), daß sie nicht aggressiv gegen das Deutschthum in den östlichen Provinzen vorgehe, und die Regierung erachtet es deshalb für ihre Pflicht, mit allen Mitteln dafür zu sorgen, daß das Deutschthum dort nicht geschwächt werde, sondern womöglich mehr und mehr erstarke. (Bravo.) Es ist richtig, was zwei Vorredner betonten, daß man nicht zu glauben brauche, was in der Zeitung steht, aber man muß doch darauf hinweisen, daß in der Presse darauf hingearbeitet wird, preußische Landestheile von der preußischen Monarchie loszureißen. Ich bin nicht präparirt mit diesem Material, aber einige Zeitungsausschnitte stehen mir zu Gebote; diese beweisen, daß diese Bestrebungen der Losreißung preußischer Gebietstheile durch die Presse auf das Aeußerste gefördert werden. So schreibt unter anderem der „Dziennik Berliński“: „Der mächtige Feind, auf dessen Winke Tausende von Kanonen donnern und Bajonnette blitzen, windet sich heute wie ein böser Satan kraftlos vor uns; diese Ruhe und der Trotz auf unserem Antlitz hat ihn erschreckt. — Auf dem zuckenden Körper des Satanis werden wir die Siegesfahne aufrichten.“ — Am 16. Juli 1901 stand in einem anderen Blatte („Germania!“) . . . Es kommt die Zeit, es kommt die Stunde, in welcher deine erworbene Stätte verschwinden wird.“ Und endlich ein Artikel vom 4. November 1901 (mit erhobener Stimme), geschrieben am Allerseelentage — da heißt es: „Das Vaterland ist nicht gestorben, es schläft. Daran glauben wir alle, und wie wir auf die Auferstehung unsrer verstorbenen Lieber am jüngsten Tage zum ewigen Leben hoffen, so hoffen wir auch auf die Auferstehung unseres Vaterlandes zur zeitlichen Freiheit.“ (Hört, hört!) Ich weiß nicht, ob man deutlicher sprechen kann. Es besteht thatsächlich zu meinem großen Bedauern in einem großen Theile der polnischen Bevölkerung das Bestreben, preußische Landestheile vom Staate abzureißen. Daß dieses Bestreben nicht getheilt wird von den Herren, die im hohen Hause sitzen, davon bin ich fest überzeugt. Ich möchte sie aber doch darum bitten, ihren Widerspruch nicht nur hier durch Reden im Hause zu bethätigen, sondern auch draußen in der Provinz. (Lebhaftes Bravo!) Es ist ja allerdings richtig, daß es auch einzelne Anhänger des Gedankens giebt, die gewissermaßen einen Frieden mit der Krone, mit dem preußischen Staate herstellen wollen, aber auf welcher Grundlage er geschlossen wird, darüber hat uns unlängst, vor 14 Tagen, eine polnische Zeitung ausreichende Klarheit gegeben. Die Zeitung, eine Graudenzer, glaube ich, — sie steht mir nicht zu Gebote — sagte: „Jawohl, wir wollen Preußen sein, aber eins müssen wir verlangen, daß alles, was polnisch ist, ein großer Theil von Schlesien, die ganzen Provinzen Posen und Westpreußen und erhebliche Theile von Ostpreußen zusammengebracht werden zu einer polnischen Provinz, unter einem polnischen Statthalter, und daß diese geleitet werde durch einen polnischen Beamten unter vollständiger polnischer Autonomie.“ Man wollte noch so gefällig sein, nach Berlin einen polnischen Minister zu senden. (Große Heiterkeit.) Ja, bis der preußische Staat sich darauf einläßt, dürfte es Zeit haben. Da müßten doch die Herren Polen noch viel gewaltiger sein, als sie jetzt zu sein glauben. Der Herr Vorredner hat auch von Heranziehung der polnischen Bevölkerung zur praktischen Mitarbeit gesprochen und davon, daß man dann erst einsehen würde, was sie für königstreue Gesinnung haben. Darauf sage ich: „Die königliche Staatsregierung weist Niemand zurück, der in preußisch-deutschem Geiste mitarbeiten will am Staate. Jeder ist uns willkommen, Jeder polnische Preuße ganz besonders, aber dann nicht mit polnischen Aspirationen, sondern mit preußisch-deutschen. (Beifall.) Unter solchen Umständen ist es unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, daß die Aspirationen, wie sie thatsächlich zu Tage treten, nicht weiter sich ausbreiten können und heranwachsen zu einer Gefahr für das Vaterland. Wir wissen aus der Geschichte und aus der polnischen Geschichte, daß die polnische Volksseele, wie sie heute hier genannt worden ist, Regungen unter der Hand schürt, wie sie auf dem Wege der Geheimbünde, die dort so beliebt sind, versucht, ein selbstständiges Regiment zu führen. Wir wissen, daß immer der Pole dem Deutschen entgegensteht, wir wissen auch, daß, wenn es einmal zur Entfaltung der Aufruhrfahne kam, auch leider die polnische Geistlichkeit nicht zurückgestanden hat. Deshalb ist es sehr nothwendig, mit wachsamem Auge zu verfolgen, wie weit die polnische Geistlichkeit jetzt an der Anregung der polnischen Volksseele theilnimmt. Dieses ist die Aufgabe des Staates. Niemand wird es einem Polen verdenken, wenn er die Traditionen seiner Heimath auf wirthschaftlichem und anderem Gebiete pflegt, aber auf politischem Gebiete kenne ich keinen Polen, sondern nur Preußen und Deutsche. (Lebhafter Beifall.)

Herr v. Below-Saleske:

Im Reichstage haben die Polen in wichtigen Fragen mit den Dänen und Sozialdemokraten zusammen gestimmt. Wir können es nicht verstehen, daß die Polen immer noch an ihren alten Traditionen festhalten wollen. An die Regierung richte ich die Frage, wie sie sich zu unserem vor drei Jahren angenommenen Antrag gegen den Mißbrauch alkoholischer Getränke stellt. In ähnlicher Weise hat ja jetzt Graf Douglas im Abgeordnetenhause einen ähnlichen Antrag eingebracht, der hoffentlich gute Erfolge zeitigen wird.

Dr. v. Burgsdorff:

Die polnischen Klagen finden hier im Hause keinen Resonanzboden, das Publikum ist hier nicht dankbar genug dafür. Der polnische Staat ist durch seine eigene Untüchtigkeit zu Grunde gegangen. Ich kann der Regierung nur rathen, fest zu bleiben und das Eisen so hart zu schmieden, daß den Polen die Lust vergeht, darauf zu beißen. (Beifall.)

Graf Mirbach:

Ich muß dem Minister erwidern, daß wir ja keine Beschlüsse fassen, die in die Kompetenz des Reichstags eingreifen. Aber Kritik müssen wir üben dürfen. Warum soll das, was im sächsischen Landtage Brauch ist, hier verboten sein? Fürst Bismarck war derselben Ansicht, und gestützt auf diese Autorität werde ich es mir nicht nehmen lassen, ganz nach meinem Belieben Kritik an Reichstagsbeschlüssen zu üben. (Beifall.)

Fürst Ferdinand Radziwill:

Wenn man die Polen noch mehr bedrückt, dann wird ihr Widerstand nur noch stärker werden. Die polnische Bewegung kann man eben nicht unterdrücken, und wer glaubt, daß das möglich ist, der beißt auf Granit.

Fürst Bismarck:

Ich möchte an die große Rede erinnern, die der damalige Ministerpräsident im Jahre 1886 in diesem Hause gehalten hat. Seitdem hat sich wenig geändert, aber zum Nachtheil der deutschen Bestrebungen sind seitdem Schwankungen aufgetreten die uns Jahrzehnte zurückgeworfen haben. Ich begrüße die Maßnahmen der Regierung gegen die Polen mit großer Freude. Wir dürfen nicht vergessen, daß wir uns den Polen gegenüber nur in einer Abwehrstellung befinden. Würden alle Polen so denken wie die Herren Fürst Radziwill und v. Koscielski, so würden wir ja ganz andere Saiten aufziehen können. Es glaubt doch wohl Niemand, daß die Regierung aus einer Art von Sport gegen die Polen vorgeht. Würden sich die polnischen Unterthanen des Königs von Preußen ebenso ruhig verhalten wie etwa die Wenden in der Lausitz oder einige französisch Sprechende an der Westgrenze, so würde von einer Polengefahr keine Rede sein. Ich erinnere auch daran, in welcher Weise sich die großpolnische Agitation in Oberschlesien ausgebreitet hat. Ebenso ist es überall der Fall. In der Dortmunder Gegend verlangen die polnischen Minenarbeiter sogar mitten in Deutschland einen polnischen Bischof. Ich kann den Herren nur rathen, daß sie sich nicht nur lossagen von der bedauerlichen polnischen Agitation, sondern daß sie auch öffentlich derselben in polnischer Sprache in den polnischen Landestheilen selbst entgegentreten. Dann wird man ihnen glauben, daß sie gute preußische Unterthanen und gute Patrioten sind. Verständigen wir uns unter einander, daß wir alle gute Preußen sein wollen! (Beifall.)

Oberbürgermeister **Bender-Breslau:**

Vor allem kommt es darauf an, daß die Deutschen in den ehemals polnischen Landestheilen behaglich wohnen. Dafür zu sorgen, ist unsere Hauptaufgabe. Herrn Grafen Mirbach erwidere ich, daß die Bewilligung von Diäten nur noch eine Frage der Zeit ist. Diäten werden bewilligt werden, wenn auch Graf Mirbach noch so große Reden dagegen hält.

Hiermit schließt die Generaldebatte.

Es folgt die Berathung der Spezialetats.

Beim Etat der landwirthschaftlichen Verwaltung erwidert auf Anfrage des Fürsten zu Salm-Horstmar

Minister **v. Podbielski,**

daß er bereit sei, an einer anderweiten Organisation der Generalkommission mitzuarbeiten.

Beim Etat der Domänenverwaltung richtet

Oberbürgermeister **Struckmann** (Hildesheim)

an den Minister das Ersuchen, eine fiskalische Schänke in der Nähe von Lüneburg, die sich durch alte Holzschnitzereien auszeichne, zu restauriren. Auf ein früheres Gesuch habe der Vorgänger des Ministers mitgetheilt, daß die Domänenverwaltung dafür kein Geld habe. Die Kosten betragen rund 600 Mark. Die Antwort der Regierung habe in der Provinz Hannover einen übelen Eindruck gemacht.

Beim Etat der Forstverwaltung weist

Herr **v. Bemberg-Flaumersheim**

auf die Nothwendigkeit der Erhaltung unserer Eichenschälwaldungen hin. Das sei nur möglich durch einen Zoll auf Quebracho.

Minister **v. Podbielski:**

Durch einen Zoll auf Quebracho werden wir unsere Eichenschälwaldungen auf die Dauer nicht erhalten können. Ich gebe zu, daß die Besitzer heute für die Lohe nahezu nichts erhalten, aber für die Zukunft sind die Aussichten nicht so trübe.

Frhr. **v. Wendt**-Papenhausen

tritt gleichfalls für einen Quebrachozoll ein.

Graf **Mirbach**

hält die umfangreichen Aufforstungen in Ostpreußen, wo das Holz schon jetzt nicht verwerthbar sei, für unzweckmäßig.

Minister **v. Podbielski**

widerspricht dem. Die Aufforstung größerer Ländereien in Ostpreußen sei auch aus militärischen Gründen wichtig.

Herr **v. Hertzberg**

beantragt, die Regierung wolle in dem nächsten Etat größere Mittel zum Ankauf und Aufforstung solcher Ländereien, welche zum rationellen Anbau von Feldfrüchten nicht geeignet sind, bereit stellen.

Minister **v. Podbielski**

erklärt sich mit dem Antrag einverstanden. Die Forstverwaltung werde im nächsten Jahr Mittel für diesen Zweck beantragen.

Der Antrag v. Hertzberg wird angenommen.

Das Haus vertagt die weitere Berathung des Etats auf Dienstag 11 Uhr.

Schluß 6 Uhr.

Deutscher Reichstag.

182. Sitzung vom 5. Mai, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: Graf Posadowsky.

Präsident Graf **Ballestrem** eröffnet die Sitzung mit folgenden Worten:

Meine Herren! ich habe Ihnen eine tieferschütternde Trauernachricht mitzutheilen. Unser Kollege, das Mitglied des Reichstages, der Abg. **Friedel,** seit dem 6. März 1900 gewählt für den zweiten Wahlkreis von Oberfranken, ist heute auf dem Wege von seiner Heimath nach Berlin, wohin er sich als Abgeordneter begeben wollte, durch einen **Eisenbahnunfall getödtet** worden. Wir beklagen auf das Schmerzlichste den Verlust des Heimgegangenen, der auf dem Wege der Pflicht den Tod erlitt. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Meine Herren! Sie haben sich zu Ehren des Verstorbenen von Ihren Plätzen erhoben, ich konstatire dies.

Das Haus tritt in die Tagesordnung ein.

Die Vorlage betr. **Diäten für Mitglieder der Zolltarifkommission** wird in dritter Lesung ohne Debatte **genehmigt** und zwar gegen die Stimmen der Freisinnigen und der Sozialdemokraten.

Es steht dann auf der Tagesordnung die dritte Lesung des Gesetzentwurfes, betr. Abänderung des Gesetzes über die **Dienstpflicht** in der kaiserlichen **Schutztruppe.**

Abg. **Bassermann** (natl., zur Geschäftsordnung):

Ich beantrage, diesen Gegenstand von der Tagesordnung **abzusetzen.** Der Abg. Dr. Hasse theilt mir telegraphisch mit, daß er beabsichtigte, zu dieser Vorlage einen Abänderungsantrag einzubringen, aber durch das Eisenbahnunglück bei **Ischortau,** dem ja unser Kollege Friedel zum Opfer fiel, zurückgehalten ist. Ich bitte, mit Rücksicht darauf den Gegenstand von der Tagesordnung abzusetzen.

Das Haus beschließt demgemäß.

Dann wird die zweite Lesung des **Toleranzantrages** bei § 2b **fortgesetzt.** Die Kommissionsfassung bestimmt, daß gegen den Willen der Erziehungsberechtigten ein Kind nicht zur Theilnahme am Religionsunterricht oder dem Gottesdienst einer anderen Konfession soll angehalten werden können.

Dazu liegen die bereits mitgetheilten Anträge der Polen, Sozialdemokraten und des Abg. Schrader (fr. Vg.) vor.

Abg. **Schrader** (fr. Vg.)

weist zur Begründung seines Antrages daraufhin, daß derselbe den Kommissionsantrag insofern **übertreffe,** als er nicht blos von fremden Konfessionen spreche, sondern sich auch auf den Religionsunterricht in der eigenen Konfession beziehe. Das werde praktisch wichtiger, als es zu sein scheine, weil zum Beispiel in der katholischen Religion das Dogma vor der Unfehlbarkeit des Papstes nicht von allen Katholiken als bindend anerkannt werde, und auch in der evangelischen Kirche wesentliche Unterschiede zwischen Reformirten, Lutherischen und Unirten bestehen. Der sozialdemokratische Antrag würde wieder, von allem anderen abgesehen, einen neuen Zwang einführen.

Abg. Dr. **Hieber** (natl.)

polemisirt gegen den Abg. Kunert. Man dürfe nicht, wie dieser es darstelle, sagen, **Religion** sei nicht nur **Privatsache,** sondern auch **Unsinn.** Bestände zwischen Religion und Wissenschaft ein solcher Gegensatz, besonders zwischen Religion und Naturwissenschaft, wie Abg. Kunert glaube, so könnte ein religiöser Mensch kein Naturforscher sein, ein Naturforscher kein religiöser Mensch. Man brauche dies nur auszusprechen, um zu sehen, wie komisch es ist. Die philosophischen Konsequenzen müßten den Abg. Kunert zu einem Gegensatz gegen Ausführungen unseres größten Philosophen **Kant** führen. Uebrigens müßten sich ebenso Disparitäten zwischen Religions- und Geschichtsunterricht ergeben, wenn man konsequent verfahren wollte. Gegenüber dem polnischen Antrage ist zu bemerken, daß der Religionsunterricht im Allgemeinen in der **Muttersprache** erfolgen muß, aber Ausnahmen müßten stattfindet sein, zum Beispiel für die Römisch-Katholischen, die die Liturgie lateinisch lernen. In Grenzgebieten kann man auch nicht immer Geistliche für die sprachliche Minderheit anstellen. Der Antrag Schrader ist diskutabel, aber er widerspricht dem historisch gewordenen Verhältniß. Der **Kommissionsvorschlag** entspricht **genau der Stellung,** die unsere Partei zum Zedlitzschen Schulgesetzentwurf einnahm. Der Antrag Schrader würde übrigens dem Gewissens- und Herzensrecht des Kindes selbst oft nicht entsprechen, zum Beispiel, wenn ein Vater mit dem Pfarrer aus irgend einem Grunde zerfallen ist und ihm das Kind, das diesem Glauben anhängt, nur darum nicht weiter zum Religionsunterricht sendet. Nach allem dem sind wir für die Kommissionsfassung. (Beifall.)

Abg. Dr. **Bachem** (Ctr.):

Auch wir werden **alle Abänderungsanträge ablehnen.** Sicher darf den Kindern nicht der Religionsunterricht in einer anderen als der Muttersprache ertheilt werden, die sie nicht verstehen; aber der deshalb nach sich herzichtigte polnische Antrag geht über die Frage der Religionsfreiheit hinaus, er behandelt eine Schulfrage und gehört deshalb nicht zur Kompetenz des Reiches, sondern zu der der Einzelstaaten. Ich glaube, die **Polen** haben mit diesem Antrage nur ihren Standpunkt wahren und einen öffentlichen Protest gegen gewisse Zustände erheben wollen. Insofern hat der Antrag seinen Zweck erfüllt. Durch die Annahme des polnischen Antrages wäre die ganze Toleranzvorlage dem Bundesrath unannehmbar, und schon deshalb können wir diesen Antrag hier **im Reichstag nicht annehmen,** wiewohl wir im preußischen Abgeordnetenhause dafür stimmen. Der sozialdemokratische Antrag will nicht Religionsfreiheit, sondern Zwang einführen. Auch der Antrag Schrader gehört nicht in das Gebiet der Religionsfreiheit, sondern in das der Schulzucht.

Abg. Graf **Bernstorff-Reizen** (Welfe)

erklärt sich für den Kommissionsantrag.

Abg. **Bebel** (soz.)

tritt für folgenden Antrag ein, den seine Fraktion an Stelle des früher von ihr eingebrachten heute vorschlägt: „Der Unterricht der Religion kommt in allen der allgemeinen Erziehung dienenden öffentlichen Schulen und in den diesen gleichgestellten Anstalten als Unterrichtsgegenstand in Fortfall. Unterricht in der Religion ertheilen, steht den Erziehungsberechtigten frei.“ Dieser Antrag entspreche dem Programm der Sozialdemokraten, aber auch dem Begriff des modernen Staates, der sich dahin präzisiren lasse: **„Bezahle, was du sollst, und glaube, was Du willst!“** Ein christlicher Staat aber sei der heutige Staat nicht. Marine, Militär und viele andere Grundlagen des modernen Staates stehen im Widerspruch zum Begriff eines **christlichen Staates.** Der Einwand, der Antrag passe nicht zu einem Toleranzantrag, sei unberechtigt, im Gegentheil, dieser Antrag sei eminent tolerant. Man könne auch nicht sagen, daß der Antrag auf Religionsfeindschaft beruhe, er rechne eben nur mit dem Charakter des modernen Staates und mit dem Schulzwang desselben. Man müsse Jeden nach seiner Façon selig werden lassen, ohne daß der Staat sich darum kümmere.

Abg. Graf **Bernstorff**-Lauenburg (Rp.)

begründet seinen Antrag, den § 2b zu streichen, mit dem Hinweis darauf, daß seine Fraktion der Meinung sei, die ganze hier zur Verhandlung stehende Angelegenheit gehöre zur **Kompetenz der Einzelstaaten,** nicht zu der des Reiches. Außerdem sei es seiner Fraktion wahrscheinlich, daß man durch Streichung dieses ganzen, die religiöse Kindererziehung regelnden Paragraphen den § 1, der die Religionsfreiheit statuire, dem Bundesrath annehmbar mache.

Abg. **Kunert** (soz.)

verwahrt sich gegen die Konsequenzen, die der Abg. Hieber aus seinen Ausführungen vom Sonnabend gezogen habe, und gegen die darauf gestützte Kritik jener Ausführungen.

Abg. **Richter** (fr. Vp.):

Es giebt zwei Methoden, einen Gesetzvorschlag zu Grunde zu richten, entweder, indem man ihn mit **unannehmbaren Anträgen belastet,** oder indem man endlose Reden darüber hält: der Abg. Kunert hat beide Methoden angewandt, indem er gleich nach dem Abg. Bebel sprach. Ich habe die Absicht, den Gesetzentwurf zur Berathschiedung zu bringen, und diesem Zwecke glaube ich am besten dienen zu können, indem ich gegen alle Abänderungsanträge stimme, denn nur wenn er eine große Mehrheit hinter sich hat, ist der Toleranzantrag dem Bundesrath annehmbar. Man kann nicht immer gleich sein **ganzes Parteiprogramm durchbringen,** sondern muß stückweise vorbringen.

Abg. **Bebel** (soz.)

erklärt den vom Abg. Richter angeschlagenen belehrenden Ton für unangemessen.

Abg. **Richter** (fr. Vp.)

hält dem gegenüber seine Ansicht aufrecht.

Damit schließt die Besprechung; alle Abänderungsanträge werden abgelehnt, der **Kommissionsvorschlag** gegen die Stimmen der Rechten **angenommen.**

Während des letzten Theiles dieser Verhandlung erscheinen Reichskanzler Graf **Bülow,** die Staatssekretäre Frhr. **v. Richthofen** und Frhr. **v. Thielmann** sowie Minister **Möller** am Tisch des Bundesraths.

§ 2c schlägt vor, daß nach Vollendung des 14. Lebensjahres dem Kinde die Entscheidung über sein religiöses Bekenntniß zustehen soll.

Abg. Graf **Bernstorff**-Lauenburg (Rp.)

beantragt, auch diesen Paragraphen zu **streichen.**

Abg. Dr. **Hieber** (natl.)

begründet seinen Antrag, statt 14. Lebensjahr zu setzen **16. Lebensjahr,** mit dem Hinweis darauf, daß das Kind nach Vollendung des 14. Lebensjahres noch nicht die zu einem so wichtigen Schritt nothwendige Reife besitze.

Abg. **Gröber** (Ctr.)

meint im Gegensatz dazu, daß das 14. Lebensjahr mit Rücksicht auf die Entlassung aus der Schule einen so wichtigen Lebensabschnitt darstelle, daß man ihm auch die Entscheidung des Kindes hinsichtlich der Religion zuweisen dürfe. Sicher sei das Kind in diesem Alter geistig entwickelt genug, um diesen Schritt zu thun.

Abg. **Stadthagen** (soz.)

giebt auch der Meinung Ausdruck, daß ein Kind **von 14 Jahren die** Fähigkeit habe, über seine Religion zu entscheiden. Den früheren kirchenrechtlichen Anschauungen, daß dies schon nach Vollendung des 7. oder doch des 10. Jahres geschehen könne, brauche man nicht beizutreten, aber eine **Verschiebung der Entscheidung** zum 16. Lebensjahre sei nicht nöthig. Uebrigens entsprechen 14 Jahre dem Durchschnitt der einschlägigen deutschen Gesetzgebungen.

Abg. Dr. **Hieber** (natl.)

findet, daß man keinen entscheidenden Beweis **dafür erbringen könne,** welches Lebensjahr das richtige sei; in Württemberg zum Beispiel komme theils das 14., theils das 16. Lebensjahr in Betracht. Ueber das 16. Jahr hinaus dürfe man allerdings nicht gehen, weil sonst der Fall eintreten könnte, daß eine Frau über die Religion ihrer Kinder verfügen dürfe, nicht aber über die eigene. (Heiterkeit.)

Nach weiteren Bemerkungen der Abg. **Stadthagen** (soz.) und Dr. Hieber (natl.), wobei der Abg. Dr. Hieber (natl.) dem Abg. Stadthagen (soz) gegenüber den Ausdruck **„Sophisterei“** brauchte, der Vizepräsident Büsing dies als mit der Würde des Hauses unvereinbar **rügt,** wird unter Ablehnung des Antrages Hieber der **Kommissionsvorschlag genehmigt.**

§ 3 setzt fest, daß der **Austritt** aus einer **Religionsgesellschaft** durch ausdrückliche Erklärung vor dem Amtsgericht kostenfrei bewirkt werden soll.

Abg. **v. Staudy** (kons.)

erklärt sich im Namen seiner politischen Freunde **aus verfassungsrechtlichen** und materiellen Gründen gegen diesen Paragraphen.

Abg. Graf **Bernstorff**-Lauenburg (Rp.)

tritt ebenfalls für Ablehnung des § 3 ein; es handele sich hier um eine Materie, die den **Einzelstaaten** vorbehalten bleiben müsse, und eine kleine Gebühr, die von den Einzelstaaten verlangt werde, komme nicht in Betracht. Auch werde Mancher das Bedürfniß haben, den Austritt aus der früheren Religionsgemeinschaft dem Geistlichen anzuzeigen.

Abg. **Gröber** (Ctr.)

hält es im Gegensatz dazu für unangebracht, dem aus der Religionsgemeinschaft Ausscheidenden noch irgend welche Verpflichtungen oder Beziehungen zu dieser zuzumuthen.

Der **Kommissionsvorschlag** wird **angenommen,** ebenso die §§ 4 und 4a, die die aus dem Religionsaustritt sich ergebenden Folgen bezüglich der **kirchlichen Lasten** regeln.

Damit ist die **Vorlage erledigt.**

Die Resolution des Grafen Bernstorff-Lauenburg (Rp.) ist zurückgezogen.

Es folgt die erste Lesung des Brüsseler Vertrages über die **Behandlung des Zuckers und den Entwurf eines Gesetzes wegen Abänderung des Zuckersteuergesetzes.**

Reichskanzler Graf v. Bülow:

Ich kann es dem Staatssekretär des Reichsschatzamtes, dem Staatssekretär des Reichsamts des Innern und dem Direktor der Handelsabtheilung im Auswärtigen Amt, welcher den Brüsseler Verhandlungen beigewohnt hat, überlassen, die Ihnen unterbreitete Vorlage zu Gehörlen zu vertreten. Ich möchte beim Einbringen dieser Vorlage im Namen der verbündeten Regierungen der **Hoffnung Ausdruck geben**, daß die Mehrheit dieses hohen Hauses sich der **Annahme der** Brüsseler **Zuckerkonvention** geneigt zeigen möge, und ich möchte gleichzeitig die Hoffnung aussprechen, daß dies hohe Haus auch der Abänderung unserer Zuckergesetzgebung, den im Anschluß an die Zuckerkonvention nothwendigen Abänderungen unserer Zuckersteuergesetzgebung, welche eine Herabsetzung der Verbrauchsabgaben enthalten, seine Zustimmung nicht versagen wird. Gegen den Abschluß der Brüsseler Zuckerkonvention sind mannigfaltige und verschiedene **Einwendungen** erhoben worden. Man hat den verbündeten Regierungen vorgeworfen, daß sie beim Abschluß dieser Konvention die **Interessen** der heimischen Industrie dem Ausland gegenüber **nicht genügend wahrgenommen hätten.** Es ist behauptet worden, daß die Zuckerkonvention den vollständigen Ruin unserer Zuckerindustrie bedeute, daß sie insbesondere die **Interessen des Rübenbaues** in der Landwirthschaft **schädige**, daß die Verhandlungen in Brüssel mit einem Siege des Auslandes, insbesondere mit einem Siege Englands geschlossen hätten. Die verbündeten Regierungen halten diese Vorwürfe für nicht begründet. In voller Würdigung und Wahrnehmung der Interessen der deutschen Zuckerindustrie haben die verbündeten Regierungen die sich darbietende Gelegenheit benutzt, zur endlichen **Beseitigung** unserer bisher direkt und indirekt gewährten **Prämien** beizutragen, und sie haben vor allem gesucht, die deutsche Zuckerindustrie dafür zu bewahren, daß derselben das **Hauptabsatzgebiet,** der englische Markt, abgeschlossen wird. Auch die Interessen der deutschen Landwirthschaft sind durch den Beschluß der Brüsseler Zuckerkonvention nicht beeinträchtigt worden. Die verbündeten Regierungen sind vielmehr überzeugt, daß der Abschluß der Konvention und die daran sich anzugemäß und nothwendig anschließende Reform unserer Zuckersteuergesetzgebung Bedingungen schaffen werden, unterweschen die Landwirthschaft für ihre Rüben in Zukunft **lohnendere Preise** erhalten wird, als dies jetzt zum Theil der Fall ist. (Murren rechts.) Daß die Abschaffung der Zuckerprämien an und für sich vom volkswirthschaftlichen wie vom finanziellen und handelspolitischen Standpunkt aus eine extrebenswerthe Maßnahme ist, wird ja doch wohl von Keiner Seite bestritten werden. (Lachen rechts.)

Als im Jahre 1895 in diesem hohen Hause das jetzt geltende Zuckersteuergesetz mit seiner Erhöhung der Prämien berathen wurde, ist von den Rednern fast aller Parteien, auch derjenigen, welche in diesem Gesetze einer **Erhöhung** der **Prämien** gewagt waren, doch ausdrücklich und übereinstimmend anerkannt worden, daß die Ausfuhrzuschüsse nur ein **Nothbehelf**, ein Kampfmittel sein müssen, um dadurch die Beseitigung der Zuckerprämien in anderen Ländern zu erreichen. In der Sitzung vom 27. Februar 1895 bemerkte der Abg. **v. Puttkamer**-Plauth: „Gern nimmt die Zuckerindustrie die Prämien nicht, denn ihr ist daran gelegen, in gleichem Licht und in gleicher Lust zu konkurriren. Es ist ihr daher kein angenehmes Gefühl, als Kostgänger des Staates aufzutreten. Wir wollen infolge dessen die Prämien nur so lange haben, wie das Ausland ebensolche, oder noch höhere Prämien hat. Abg. Dr. **Schädler** bemerkte: „Ich halte die Prämien für nicht glücklich, weil sie den Anreiz zur Ueberproduktion geben. Sie sind zwar da, und wir können sie von heute auf morgen nicht aus der Welt schaffen, wohl aber ist unser Ziel die Abschaffung und Beseitigung derselben. Daraus erwächst uns fortgesetzt die Aufgabe, im Verein mit anderen Zucker ausführenden Staaten dazu hinzuwirken, daß diese Prämien endlich einmal beseitigt werden." Der Abg. Dr. **Paasche** meinte: „Das gebe ich gern zu, daß Erstrebenswerthestes wäre, wenn wir alle Prämien beseitigen könnten", und Herr **v. Staudy** führte aus: „Hier auf dieser Seite haben wir stets erklärt, daß der Zustand uns am liebsten wäre, wenn es gar keine Exportprämien gäbe. Wir haben nur verlangt: wenn die **Konkurrenzländer** Exportprämien geben, so müssen auch wir solche haben, um den konkurrirenden Ländern zu begegnen." Bei der Schlußbestimmung über das Zuckersteuergesetz wurde dann endlich mit großer Mehrheit von dem hohen Hause eine **Resolution** angenommen, in welcher die verbündeten Regierungen ausdrücklich aufgefordert wurden, „mit aller Entschiedenheit dahin zu wirken, daß durch internationale Vereinbarungen eine **Beseitigung** der **Ausfuhrvergütungen** für Zucker in thunlichster Bälde herbeigeführt werden." Die **Initiative** für den Zusammentritt der Konferenz in Brüssel zum Zwecke der gemeinschaftlichen Berathungen über die Abschaffung der Zuckerprämien ist bekanntlich nicht von uns ausgegangen, sondern die erste Anregung dazu ist von anderer Seite gegeben worden; jedenfalls aber haben wir nur im Sinne der uns von diesem hohen Hause gegebenen Initiative gehandelt, indem wir uns an der Konferenz betheiligten, und indem wir an der Lösung der uns in der Resolution des Reichstages gestellten Aufgabe nach besten Kräften mitgewirkt haben. Uns an der Brüsseler Konferenz zu betheiligen, waren wir um so mehr befugt, als somit die **Gefahr drohte,** daß die übrigen an der Zuckerindustrie nach England interessirten Länder: Frankreich Belgien, Holland, sich auch ohne uns mit England über die Frage der Aufhebung der Prämien verständigt und durch **Separatabkommen** günstigere Bedingungen für ihren Zucker erlangt hätten, während wir das Nachsehen gehabt haben würden. Nicht aus irgend welcher Nachgiebigkeit gegen das Ausland und eine Nachgiebigkeit gegen England, sondern aus reichlich erwogenen handelspolitischen Gründen, aus der uns von dem hohen Hause ertheilten Direktive heraus und in voller Würdigung der eigenlichen zuckerindustriellen Interessen haben wir so gehandelt, wie wir gethan haben.

Es ist auch der **Einwand** erhoben worden, daß wir an der **Erhaltung des englischen Zuckermarktes** ein so großes Interesse gar nicht hätten, da es uns, selbst wenn England durch Verhängung von Ausgleichszöllen gegen Prämienzucker seinen Markt gegen uns verschließen würde, es doch immer möglich sein würde, andere Absatzgebiete für unseren Zucker zu erschließen. Ich glaube, daß mit diesem Einwand der schwierigen Lage unserer Zuckerindustrie doch nicht genügend Rechnung getragen wird. — In der Zuckerkampagne 1901/1902 sind ungefähr **23 Millionen Doppelzentner** produzirt worden, von denen das deutsche Reich etwa nur 7½ Millionen Doppelzentner konsumirt, sodaß also 15—16 Millionen ausgeführt werden müssen; davon nimmt **England 6 Millionen** Doppelzentner, also fast die Hälfte des Betrages auf. Es würde doch, wie mir scheint, eine sehr mißliche und zweifelhafte Sache sein, mit diesen bedeutenden Zuckermengen das bisherige Absatzgebiet aufzugeben und neue Märkte aufsuchen zu müssen. Das würde um so schwieriger sein, als die **Weltvorräthe** von Zucker gegenwärtig sehr bedeutend sind und noch immer zunehmen. Es wird behauptet, nach approximativen Schätzungen, daß bis zum Schluß der gegenwärtigen Kampagne die Weltvorräthe 18—20 Millionen Doppelzentner betragen würden, also fast so viel wie Deutschland in einem Jahre produzirt und mehr als England in einem Jahre konsumirt. Bei solchen Verhältnissen würde es doch auf der Hand liegen, daß wir — ich scheue mich nicht, das Wort zu gebrauchen — einer **Katastrophe** unserer **Zuckerindustrie** entgegengehen müßten, wenn sie das englische Absatzgebiet preisgäbe, ohne daß es uns gelänge, für unsere Ueberproduktion andere Absatzmärkte zu finden. Und wer garantirt uns dafür, daß uns das auch nur annähernd in derselben Zeit möglich sein würde, die England braucht, um für unseren Zucker anderen Ersatz zu finden. Deshalb glauben die verbündeten Regierungen, daß sie der Zuckerindustrie durch ihren Beitritt zu der Brüsseler **Zuckerkonvention** einen **guten Dienst** erwiesen haben. Sie sind überzeugt, daß der günstige Erfolg der Schritte von den betheiligten Kreisen und namentlich für die Rüben bauende Landwirthschaft allmälig mehr und mehr anerkannt wird. (Heiterkeit rechts.) Daß wie bei jedem Uebergangsstadium so auch hier Schwierigkeiten entstehen werden, bin ich weit entfernt, zu bestreiten. In der Voraussicht und in voller Würdigung der Schwierigkeiten haben unsere Vertreter auf der Brüsseler Konferenz sich ernst bemüht, durchzusetzen, daß die Zuckerkonvention erst am 1. April in Kraft treten solle und damit unserer Zuckerindustrie eine **längere Frist** zur Anpassung in die neuen Verhältnisse gewährt werde. Die diesbezüglichen Bemühungen unserer Kommission sind an dem Widerstand der Mächte **gescheitert.** Ich möchte auch in dieser Beziehung das Nachstehende aus dem Protokoll der Sitzung vom 27. Februar verlesen. Dort erklärte der Vorsitzende: „Die **Aufrechterhaltung** der gegenwärtigen Lage bis **1904** würde ein wirthschaftlichen Standpunkt aus die größten Gefahren in sich schließen. Was hauptsächlich auf der Zuckerindustrie lastet, ist das Vorhandensein des ungeheueren Weltvorrathes. Der Vorrath würde bei Verlängerung der Frist in einer Weise weiter wachsen, daß die Konvention unter ungünstigen Bedingungen in Kraft treten würde. Diese Betrachtungen haben einen allgemeinen Charakter und beziehen sich keineswegs auf die Interessen eines bestimmten Staates. In der vorletzten Sitzung vom 3. März wurde von den deutschen Delegirten der **Versuch** gemacht, den **Termin für den 1. September 1904** zu erlangen, aber sie hatten nur die Unterstützung von Oesterreich-Ungarn, alle anderen Staaten erklärten, aus den vom Vorsitzenden angegebenen Gründen, sich unbedingt gegen jeden späteren Termin, als den **1. September 1903.** England und Frankreich haben sogar den 1. September 1902 vorgeschlagen. In dem Bericht der englischen Delegirten vom 26. Januar heißt es: „Unter diesen Umständen vereinigten wir uns endgiltig, ob wir die Verhandlungen abbrechen wollten, oder ob die Differenzen friedlich geregelt werden sollten, und wir kamen zu dem Vorschlag, daß wir als äußersten Fall den 1. September 1903 acceptiren könnten. Die Antwort der englischen Regierung lautet: „Zu äußersten Fall werden wir 1903 acceptiren. Wir vertrauen aber darauf, daß die Konferenz bewogen werden kann, den 1. September 1902 anzunehmen." Da die übrigen Vortheile, welche die Brüsseler Konvention für unsere Zuckerindustrie bietet, uns so wesentlich erschienen, daß wir uns dieselbe nicht entgehen lassen konnten, und da überdies unserem Wunsche die Uebertage etwas höher zu bemessen als 5 Francs, von den anderen Mächten Rechnung getragen wurde, haben wir schließlich das **Inkrafttreten** der Konvention am **1. April 1903 acceptirt.** Wir sind überzeugt, daß der **Ueberzoll** von 4,40 Mark für Rohzucker und 4,80 Mark für raffinirten Zucker genügen wird, um den fremden Zucker von unserem Zollgebiet fern zu halten, wenigstens solange, als es nicht gelingen wird, Rohzucker zu billigeren Preisen zu produziren als Rübenzucker, was für die nächsten Jahre wohl nicht zu erwarten steht. Um aber für unsere Zuckerindustrie möglichst klare Verhältnisse zu beschaffen, ist Ihnen rechtzeitig der Entwurf zu einem neuen Zuckergesetz vorgelegt worden, der für den Fall, daß das Haus der Brüsseler Konvention zustimmt, sich der dadurch geschaffenen neuen Lage anpaßt. Der Entwurf enthält neben der Aufhebung der Kontingentirung und der Betriebssteuern die Herabsetzung der Verbrauchsabgabe von 20 Mark auf 16 Mark, eine Maßnahme, die sicher zur Hebung des Zuckerkonsums und damit zur **Stärkung** des **inländischen Zuckermarktes** beitragen wird. Die Gründe, aus welchen wir im Hinblick auf die gegenwärtige Finanzlage des Reiches nicht geglaubt haben, Ihnen eine weitere Herabsetzung der Verbrauchsabgabe vorschlagen zu sollen, werden ebenso wie die Gründe für unsere Stellungnahme zu der **Kontingentirung** und den Betriebssteuern noch vom Staatssekretär des Reichsschatzamtes näher dargelegt werden. Die Brüsseler Konvention ist am 5. März unterzeichnet worden und wir haben Ihnen diese Konvention so rasch wie möglich vorgelegt. Wir wollen die Berathung weder übers Knie brechen, noch durchpeitschen, wie uns in durchaus unbegründeter Weise imputirt wird. (Heiterkeit.) Aber vor einer **Verschleppung** dieser Vorlage würde ich im Interesse des Landes **dringend warnen.** Eine solche Verschleppung kann aber auch von keiner Seite thatsächlich beabsichtigt sein. (Heiterkeit links.) Nein, wenn ich diese Bemerkung, die Ihre Heiterkeit erregt, mache, so ohne, wenn ich diese Vorlage nicht und ich glaube thatsächlich nicht, daß eine solche Verschleppung irgend Jemandem zu Gute kommen würde, wohl aber den Gedanken hervorrufen werden, daß wir uns scheuen, auf dem uns betretenen Wege weiter vorzugehen. Es würde dadurch eine Beunruhigung entstehen, die auf die ganze weitere Behandlung der Materie im Inlande und **Ausland ungünstig** einwirken, und die Mißtrauen gegen unsere Absichten hervorrufen würde in jeder Richtung, und die auf jedem Gebiete schädlich wirken müßte. (Gehaßte Zustimmung links.) Die internationale Beseitigung der Zuckerprämien ist seit Jahren angestrebt worden. Zahlreiche Konferenzen, auf deren Ursprung und Ausgang ich nicht näher eingehen will, haben stattgefunden. Die Vorgeschichte der Brüsseler Konferenz ist Ihnen ja wohl bekannt. Bisher sind diese Konferenzen ohne Ergebniß geblieben. Schon vor sechs Jahren hat dieses hohe Haus an die verbündeten Regierungen den **Appell** gerichtet, die Beseitigung der Zuckerprämien thunlichster Bälde herbeizuführen. Dieses Ergebniß ist, wenn auch noch nicht vollständig, doch im Wesentlichen erreicht; denn wenn auch Aufland, die Vereinigten Staaten und die englischen Kolonien nicht beigetreten sind zur Zuckerkonvention, so ist dieselbe doch einerseits unterzeichnet worden von unseren bisherigen Hauptkonkurrenten auf dem Weltmarkte, und andererseits hat England uns hinsichtlich der **Gleichstellung** seines **Kolonialzuckers** mit dem Zucker der Vertragsstaaten wichtige Zugeständnisse gemacht. Deshalb haben die verbündeten Regierungen geglaubt, die Verantwortung für ein Scheitern der Brüsseler Konferenz nicht übernehmen zu können.

Vielmehr sind die verbündeten Regierungen trotz mancher Bedenken auf die in den mühevollen Verhandlungen vereinbarten Bedingungen eingegangen in der Ueberzeugung, daß, nachdem der **freie Wettbewerb** des Zuckers aller Produktionsgebiete auf dem Weltmarkt angebahnt ist, die deutsche Zuckerindustrie stark genug sein wird, um fortan auch ohne Prämien zu gedeihen.

Nach unserer Verfassung bedürfen derartige internationale Abkommen der **Zustimmung** dieses **hohen Hauses.** Die **Verantwortung** für das Zustandekommen der Brüsseler Konvention, soweit das deutsche Reich dabei in Frage kommt, beruht also nunmehr auf diesem hohen Hause. Im Interesse der Gesundung und des Gedeihens unserer Zuckerindustrie, dieses wichtigsten Lebenszweiges unserer landwirthschaftlichen Nebenindustrien, glaube ich, dieses hohe Haus bitten zu sollen, der Brüsseler Konvention seine Zustimmung zu ertheilen. (Beifall.)

Abg. Dr. **Becker** (Ctr.)

beantragt, ohne schon jetzt Stellung zur Vorlage zu nehmen, die Vorberathung der Vorlage durch eine **Kommission** von 28 Mitgliedern.

Abg. Dr. **Wiemer** (fr. Vp.):

Wir können den Ausführungen des Reichskanzlers nur zustimmen und drücken unsere Genugthuung über den Abschluß der Konvention aus. Bisher litt die Zuckerindustrie unter einer **Treibhauskultur**; Kontingentirung und Prämien störten die natürliche Entwickelung. Während nämlich die Zuckerindustrie florirte, litt die Rüben bauende Landwirtschaft unter dem Zuckerkartell, und dabei mußten unsere Inlandskonsumenten den Zucker unseres Landes, für den unsere Steuerzahler durch die Prämienwirthschaft aufs Schweste belastet sind, noch theurer bezahlen als das **Ausland.** Wäre es nach unserem Wunsche gegangen, so hätte Deutschland selbstständig und auch ohne Konvention die Prämien aufheben und die Inlandssteuer ermäßigen sollen. Von diesem Standpunkt stimmen wir der Vorlage zu; besonders halten wir die Aufhebung der Kontingentirung für wesentlich. Um so weniger aber sollte man ein Kontingentirungsgesetz einführen, wie es in der Begründung zu § 5 der Vorlage angedeutet ist. Nach den ungünstigen Erfahrungen sollte die Regierung von allen Kontingentirungsbestrebungen abstehen. Die von den Konservativen vorgeschlagenen Maßnahmen werden nach meiner Meinung nicht helfen; das einzige Mittel, der Zuckerindustrie zu helfen, ist die Steigerung des Inlandskonsums. Dieser einmal wichtige Rohstoff wird von uns viel zu wenig konsumirt; wir konsumiren nur 15 Kilo Zucker pro Kopf, Amerika aber 29, England sogar 35 Kilogramm pro Kopf der Bevölkerung. Ueber die **Preistreibereien** des **Zuckerkartelles** kann unter diesen Umständen nicht scharf genug geurtheilt werden. Man sagt, die Agrarier wollen sich mit der Auflösung des Kartelles zufrieden geben, wenn die Inlandssteuer nur auf 10 Mark herabgesetzt werden soll; damit könnten wir einverstanden sein, wenn dadurch nicht störende Divergenz zwischen Ueberzoll und Inlandssteuer die Folge davon wären. Wir sind auch für schleunige Erledigung der Vorlage, schon um der Agitation der Zuckerkartellisten ein Ende zu machen und Klarheit für die Entwickelung der Zukunft zu schaffen. Wir halten eine kommissarische Vorberathung nicht für nothwendig. Wir sollten der Konvention einfach zustimmen, denn wir stehen einem fait accompli gegenüber, und über das Entweder — Oder, ob man der Herabsetzung der Zuckersteuer zustimmen soll, kann der Reichstag sich bald schlüssig werden. (Beifall links.)

Abg. Dr. v. Levetzow (kons.):

Im Gegensatz zum Vorredner habe ich zu erklären, daß meine Freunde die Kommissionsberathung verlangen müssen. Wir wollen die Vorlage nicht verschleppen, aber auch nicht übers Knie brechen. Kaum Jemand im Hause kann die Wirkung der Vorlage übersehen, weder Freund noch Feind. Würde die Konvention der Zuckerindustrie und den Rüben bauenden Landwirthen **Schaden bringen,** so würden meine Freunde nicht dafür zu haben sein, man muß allerdings bedenken, daß die Zuckerindustrie ohnehin in einer trüben Lage sich befindet, es fragt sich nur, wie die Lage trüber wird, mit oder ohne Konvention. Deshalb sollte die **Kommission,** der ich die Vorlage zu überweisen beantrage, auch Sachverständige zu ihren Verhandlungen heranziehen, zumal noch keine **Sachverständigen** gehört sind. Ich beantrage also, die Vorlage einer Kommission von 28 Mitgliedern zu überweisen.

Abg. **Wurm** (soz.)

giebt eine historische Uebersicht über die Entwickelung unserer Zuckerindustrie und ihrer Besteuerung, und erklärt sich gegen kommissarische Berathung der Vorlage. Der Zuckerzug hat in Deutschland und Oesterreich nicht nur den Zuckerpreis erhöht, sondern auch eine große politische Macht ausgeübt; wurde doch der Pressfonds der Zuckerindustriellen von der Magdeburger Zeitung an bis zum letzten Organ der Zuckerindustrie aus den Kassen des Zuckerkartells gespeist. Sie, die Sie von uns verlangen, daß wir hierfür Millionen Jahr für Jahr verpulvern, Sie besorgen in der That die Geschäfte des Auslandes, und dann werfen Sie uns vor, wir seien Agenten des Auslandes! Und dabei gingen die Zuckerindustriellen auch allen Seiten schädigend vor: sie übertheuerten das Publikum, zwangen den Arbeitern harte Arbeitsbedingungen auf und zerdrückten die kleinen Rübenbauern — dagegen gaben diese Fabriken kolossale Dividenden! Wir werden für Herabsetzung der Zuckersteuer sein, und wenn bei dadurch gesteigerte Konsum schließlich eine Mehreinnahme aus der Steuer für die Reichskasse ergiebt, so wird uns diese durch Verringerung der Matrikularbeiträge erreichte Schonung der Steuerzahler in den Einzelstaaten auch nicht unangenehm sein. Wir verlangen also, daß die Verhandlungen im Plenum fortgesetzt werden, daß dieser Wucher, diese Aussaugung der Vampyre endlich aufhören! (Beifall links.)

Die Berathung über die Zuckersteuervorlage wird abgebrochen. Die Konservativen beantragen, die Branntweinsteuervorlage auf die morgige Tagesordnung zu setzen. Der Abg. **Richter** bezweifelt die Beschlußfähigkeit des Hauses, worauf Präsident **Balkestrem** eine namentliche Auszählung vornimmt.

Die Auszählung ergiebt die Anwesenheit von 163 Mitgliedern, das Haus ist somit nicht beschlußfähig; es bleibt daher bei der vom Präsidenten festgesetzten Tagesordnung.

Schluß 6¼ Uhr.

Parlamentarische Nachrichten.

mb. Im Reichstage fand heute Vormittag eine Versammlung statt, in der Geh. Regierungsrath König, Vorsitzender des Vereins für die Rübenindustrie des deutschen Reiches, einen Vortrag über die **Brüsseler Zuckerkonvention** beziehungsweise die neue Zuckersteuervorlage hielt. Es hatten sich Abgeordnete aller Parteien mit Ausnahme der Freisinnigen und der Sozialdemokraten eingefunden, in der Mehrzahl Angehörige der nationalliberalen Fraktion und des Centrums. Geh. Rath König gab Urtheile Sachverständiger für und gegen die Konvention. Maßgebend für Annahme oder Ablehnung der Konvention werde sein, was an die Stelle des Bisherigen in beiden Fällen treten solle; deshalb müsse auch über Gesetzesänderung und Konvention zusammen entschieden werden. Zedenfalls sei es bedauerlich, daß die Konvention gerade mit einem Zeitpunkte niedrigen Preisstandes zusammenkomme: in Deutschland würde der Wegfall der Prämie in diesem Augenblick schwer empfunden werden. Der Rohzucker würde eine Stärkung erfahren. Allein es müsse mit dem Erreichbaren gerechnet werden. Andererseits gebe es verschiedene deutsche Zuckerindustrielle, die sich von der Annahme der Konvention eine günstige Wirkung versprechen infolgen, als wir die niedrigeren Preisen haben gegenüber anderen Ländern, und mit gleichem Maße gemessen, könne die deutsche Zuckerindustrie wohl nicht untergehen. Bedenklich sei die Thatsache, daß einzelne Länder der Konvention fernblieben, wie Rußland, die Vereinigten Staaten und Kuba. Weiter seien die Staaten mit Materialsteuer im Vortheil, mindestens müßte unser Zucker nicht höher belastet sein als der der Konkurrenzländer. Englands Hauptabsicht gehe dahin, seinen Raffinieuren Vortheile zu verschaffen und die fremden Raffinieure auszuschließen. 5 Millionen Mark seien ausgesetzt für den besten westindischen Zucker, und in England baue man eigene Schiffe für den Transport des westindischen Zuckers. Das wirke selbstverständlich als Prämie. Etwas zu wünschen übrig lasse die Konvention für jede der Vertragsmächte. Auch die Gegner stimmten darin mit überein, daß bei Ratifikation der Konvention man für Industrie und Landwirthschaft das herausbekommen müsse, daß sie nicht geschädigt und gefährdet werden. Deshalb sei auch eine sehr gründliche Erörterung geboten, jede Uebereilung müsse ausgeschlossen sein; daher sei auch gründliche Kommissionsberathung erwünscht. In der gegenwärtigen Fassung wäre die Konvention als unberechenbares Unglück zu erachten. — Auf Vorschlag des Abg. Müller-Fulda wird der Vortrag gedruckt und an die Mitglieder vertheilt werden.

TELEGRAMME.

Karlsruhe, 5. Mai. (W. T. B.) Heute Mittag erschien der Großherzog auf dem Rathhause, um vor versammeltem Stadtrath und Stadtverordnetenkollegium der gesammten Stadtvertretung herzlichen Dank auszusprechen für die ihm aus Anlaß seines Regierungsjubiläums in so hohem und reichem Maße zum Ausdruck gebrachte Liebe und Verehrung. Gleichzeitig theilte der Großherzog der Stadtvertretung mit, daß er zum Zeichen dafür beschlossen habe, auf dem Marktplatz ein Denkmal des Gründers der Residenz, des Markgrafen Wilhelm von Baden-Durlach, zu errichten. In bewegten Worten dankte der Oberbürgermeister, indem er seinerseits dem Großherzog wärmsten Dank für die während der Jubiläumstage erwiesenen zahlreichen Gnadenakte aussprach.

Newyork, 5. Mai, via Azoren-Emden. (Privat-Kabeltelegramm.) Der **kubanische Kongreß** tritt heute zusammen, um das Resultat der Präsidentenwahlen offiziell festzustellen. Die Inauguration Palmas ist auf den 20. Mai anberaumt, wobei der amerikanische Gouverneur Wood dem Präsidenten die Regierungsgewalt übergiebt. Dies geschieht unter der ausdrücklichen Bedingung, daß die kubanische Republik alle Verpflichtungen, welche die Union durch den Pariser Friedensvertrag übernahm, ihrerseits erfüllt. Die Instruktionen für die Räumung der Insel seitens der amerikanischen Truppen wurden in der gestrigen Sitzung in Washington festgelegt.

Madrid, 5. Mai. (Privat-Telegramm.) Als der beauftschtigende Polizeibeamte bei den gestrigen Barcelonaer Blumenspielen bemerkte, daß unter den zahlreichen, den Lonjaloal schmückenden Fahnen die spanische fehlte, befahl er deren Anbringung, was von der Versammlung, in der sich auch der Bischof befand, mit Pfeifen und unpatriotischen Rufen aufgenommen wurde. Der Beamte untersagte darauf die Blumenspiele. Sein Verhalten wurde vom Generalsbiskan gebilligt. Die hiesige Presse drückt ihre höchste Entrüstung aus und verlangt eine exemplarische Bestrafung der Demonstranten. Mehrere junge Herren, welche gepfiffen haben, wurden verhaftet. Die katalanistischen Stadträthe versuchten, ihre Freilassung zu erwirken, was der Gouverneur rundweg abschlug. Die Katalanisten zogen darauf Abends vor das Romeatheater, wo eine Satire auf die Blumenspiele und den übertriebenen Regionalismus gegeben wurde, und verursachten dort Skandale. Die Angelegenheit macht großes Aufsehen.

Verantwortlich f. d. politischen Theil: Dr. jur. E. Grütteffen; f. lokales, Vermischtes, Gerichtszeitung und Sport: Dr. Karl Mistelke; f. d. Feuilleton: Fritz Engel, f. d. Handelstheil: J. V. A. Norden, f. d. übrigen redaktionellen Theil: Karl Günther; f. d. Inserate: Rob. Franke. Druck u. Verlag von Rudolf Mosse, Sämmtlich in Berlin.

Ostseebad Stolpmünde.

Kräftiger Wellenschlag, steinfreier Badestrand, höchst angenehm kräftigende Seeluft. Ausgedehnte Anlagen, herrliche Kiefern- und Laubwaldungen. Dampferverbindung mit Stettin, Königsberg u. A. Stolpmünde ist Eisenbahnstation, hat Fernsprechverbindung mit Stettin, Berlin u. s. w. Badekapelle, Reunions, Konzerte, Corsofahrten u. s. w. Mittagstisch von 1 Mk. an ohne Weinzwang. Pension 3,50 bis 5,00 Mk. **Die Badedirektion.** †

Michaelstein bei Blankenburg a. Harz.

Klimatischer Kurort

Hôtel und Pension zur Waldmühle.

15 Min. v. Station Bast d. Harzbahn. 40 Min. v. Blankenburg. Dieses wegen seiner hervorragend schönen Lage bekannte, inmitten einer idyllischen Wald-Scenerie befindliche Hotel ist seit 2 Jahren vollständig neu erbaut und mit **allem Comfort der Neuzeit** eingerichtet. Elektrische Beleuchtungsanlage. — **Prachtvolle** Wald-Promenaden. **Angenehme Rastatätte für Touristen, behagliche Sommerfrische. — Anmeldungen erbitte rechtzeitig.** — Prospecte durch **Hotel zum weissen Adler, W. Frede, Blankenburg a. H.** *

Augsburg.

Hotel „Drei Mohren"

Altrenommirtes schönstes Hotel Süddeutschlands hält sich bestens empfohlen.

Franz Bachhuber, neuer Besitzer.

Hôtel Kurhaus Friedewald

Lössnitzgrund bei Dresden.

Neu erbaut. Idyllisch inmitten herrlicher Nadel- u. Laubwaldungen. **Gegen Nord- u. Ostwinde geschützt. — 30 Zimmer mit Balkons.** ☞ **Vorzüglich als Sommerfrische geeignet.** ☜ Mässige Preise. **Pension** von Mk. 4.50 an. **Prospecte gratis.** **Hermann Poppe,** Besitzer. †

Ostsee-Bad Wustrow, Mecklenburg-Schwerin.

Prospekte gratis durch den Vorstand des Gemeinnützigen Vereins und durch d. Verkehrsbureau Berlin NW., Neustädtische Kirchstrasse 9. *

Erholungs- und Erziehungsheim für schwächliche Kinder in Erkner bei Berlin.

Von grossen Aerzten und hohen Schulmännern empfohlen. Jährliche Pension 1000 Mk., wöchentl. von 20 Mk. an. Näheres durch Prospect.

Frau Prof. Dilloo geb. v. Hackewitz und Frau A. Ihlow geb. Dilloo, Inh., Erkner.

Luft-Kurort: „Zur Leuchtenburg", Thüringer Wald

oberhalb Tabarz u. Cabarz am Datenberg gelegen, 480 m ü. M. Vornehm u. neuzeitlich eingerichtetes **Hôtel u. Pensionshaus.** — In **unvergleichlich herrlicher Lage** direkt am Hochwald. Näheres durch Prospekt. **W. Flossmann,** Besitzer.

Brief- und Telegramm-Adresse: **„Leuchtenburg". Grossthabars.**

Bad Kissingen — Kurhaus Dr. Kellermann

Besteingerichtetes Logirhaus nahe d. Quellen u. Bädern. Pension auf Wunsch. Anfrage erwünscht. *

HÔTEL „MÉTROPOLE" WIEN.

I., Morzinplatz, (Franz-Josefs-Quai.) Grosses Hôtel I. Ranges, empfiehlt grosse und kleine, elegant ausgestattete Appartements, sowie einzelne Zimmer zu den billigsten Preisen. **Elektr. Licht** und Bedienung werden **nicht** extra berechnet. PERSONENAUFZUG. Safe Deposit Cassa. *Zimmer von 3 Kronen an.* Tarif in jedem Zimmer.

Hotel Ascanischer Hof.

Königgrätzerstr. 21, zwischen Anhalter und Potsdamer Bahnhof. Restaurant und Garten. Electr. Beleuchtung und Fahrstuhl. *

Telephon 26. **SCHWERIN I. M.** Telephon 26.

HOTEL LOUISENHOF

rechts am Bahnhof, der Neuzeit entsprechend eingerichtet. Logis von 2 Mark an. Diner v. 12½—2½ Uhr à 2,00. Extra-Schreibzimmer, Bäder. Hausdiener zu jed. Zuge an d. Bahn. Besitzer: **Georg Stoltzenburg.** †

Fernsprecher **Städtisches Eisen-Moor-Bad** Elektr. Licht

Bahnstation. **Schmiedeberg** Postbez. Halle.

Preisgekrönt: Sächs.-Thür. Industrie- u. Gewerbe-Ausst. Vorzügl. Erfolge bei Gicht, Rheumatismus, Nerven- u. Frauenkrankheiten. Gesunde Waldgegend. Saison: 1. Mai bis Ende Septbr. Prosp. u. Ausk. d. d. **Städt. Bade-Verwalt.** u. Badesrzt Dr. med. **Schütz.**

Neue Tagesverbindung von Berlin über Hof — Regensburg nach München mit durchlaufenden Wagen I., II., III. Klasse. Ab Berlin Anhalter Bhf. 8.40 Vorm., in München 9.11 Nachm. Anschluss nach Tirol und der Schweiz. Speisewagen Reichenbach i. V. — München. †

Stahl- u. Moorbad Kurhaus Staffelsee

bei **Murnau** (bayer. Hochgeb.) — Bahnfahrt von München 2 Std. — **Saison Mai — Ende Oktober.**

Idyllische Lage am See u. Hochwald. Schönster Sommer-Aufenthalt. — Stärkste Stahlquelle Deutschlands (117 mgr. in 1000 gr.). **Glänzende Heilerfolge** (speziell bei **Frauenkrankheiten.**) **— Fichtennadel-, Moor- u. Soolebäder. — Staffelseebäder** (rühml. bekannt u. sehr wirksam b. allgem. Nervosität.) **Kahnfahrt. Fischerei. Herrliche Ausflüge u. Spaziergänge. Comfortable Zimmer;** gedeckte Terrasse nach der Seeseite, Speise- und Lesezimmer. — **Bade-Einrichtungen neu und praktisch. — Vorzügliche, reichliche Verpflegung** bei **civilen** Preisen. — Omnibus am Bahnhof. — Telefon 23. — **Mai u. Juni ermässigte Preise.** — Aerztliche Leitung **Dr. Wilh. Asam.**

Gefl. Anfragen erledigt umgehend und ausführliche, illustr. Prospekte (auch über die Heilerfolge der Quellen) versendet gratis und franko die Badeverwaltung. **M. Lautenschlager,** Besitzer.

Grand Hôtel National (Haus ganz I. Ranges) Luzern.

Prachtvolle Lage am See. Frühjahrsaufenthalt. Modernstes Hôtel der Schweiz. Sämmtliche Schlafzimmer mit anstossendem Bad, Toilette etc. Zimmer von 4 M. Bei längerem Aufenthalt Pensions-Arrangement. Prospekt. *

Det Bergenske Dampskibs-Selskab, Bergen, Norge und **Det Nordenfjeldske Dampskibs-Selskab, Trondhjem, Norge.**

Mit erstklassigen Touristen- u. Postdampfern (40 Dpfr.), Fjord-, Küsten- u. Nordcaprouten.

NORWEGEN, Mitternachtsonne.

Jeden Dienstag und Sonnabend, Abds. 12 Uhr, ab Hamburg.

Dienstag: Fjordroute: Hardanger, Sogne, Geiranger, Romsdal ℳ 270 u. 300 incl. Beköstigung.
Sonnabend: Postroute: Bergen ℳ 49.50, Trondhjem ℳ 67.50 ..... excl. „
Nordcaproute: ab Hamburg incl. **Fjordroute** von ℳ 520 an ..... incl. „
Nordcaproute: ab Trondhjem von ℳ 250 an ..... incl. „

Reich illustr. mit Karten u. Plänen versehene Bücher gratis, sowie Ausgabe von Fahr- und Rundreisekarten bei obigen Gesellschaften in Norwegen und deren Vertreter in Hamburg **F. J. Reimers,** Rödingsmarkt 70. Telegramm-Adresse: **Nordcap, Hamburg,** und bei **Carl Stangen's Reisebureau, Berlin W.,** Friedrichstrasse 72. *

Ragatz-Pfæfers. Schweiz

Eröffnung 15. Mai.

Indifferente Therme 28° R. — 35° C.
Medico-mechanisches Zander Institut.
Hydrotherapie Methode Winternitz.
Electrotherm., Electrotherapie, Massage.
Hôtel Hof-Ragatz, Pensionspreis von Fr. 9 an.
Hôtel Quellenhof, „ „ „ 10 an.

Bade- und Kurverwaltung.

Hamburg Amerika Linie

Nordlandfahrten

Die Hamburg-Amerika Linie verfügt über 279 Schiffe — darunter **127 grosse Oceandampfer** mit einem Gesammtrauminhalt von **661 355** Brutto-Register-Tonnen; ihre Schiffsverbindungen umspannen den **ganzen Erdball.**

Erste Nordlandfahrt mit der Lustyacht „Prinzessin Victoria Luise" bis Drontheim; angelaufen werden: *Hoivarde, Odde, Molde, Naes, Drontheim, Maraak, Hillesylt, Oie, Loen* (Olden), *Balholmen, Gudvangen, Bergen.* — Abfahrt von Hamburg 8. Juni 1902. Dauer 14. Tage.

Zweite Nordlandfahrt mit der Lustyacht „Prinzessin Victoria Luise" bis zum Nordkap; angelaufen werden: *Hoivarde, Odde, Molde, Naes, Tromsoe, Hammerfest, Nordkap, Digermulen, Maraak, Gudvangen, Bergen.* — Abfahrt von Hamburg 25. Juni 1902. Dauer 16 Tage.

Dritte Nordlandfahrt mit dem Doppelschrauben-Schnelldampfer „Auguste Victoria" bis nach Spitzbergen; angelaufen werden: *Hoivarde, Odde, Molde, Naes, Drontheim, Tromsoe, Hammerfest, Nordkap, Spitzbergen* (Advent-Bay, Belsund), *Digermulen, Maraak, Gudvangen, Bergen.* — Abfahrt von Hamburg 3. Juli 1902. Dauer 22 Tage.

Vierte Nordlandfahrt mit der Lustyacht „Prinzessin Victoria Luise" bis zum Nordkap; angelaufen werden: *Hoivarde, Odde, Molde, Naes, Tromsoe, Hammerfest, Nordkap, Digermulen, Maraak, Gudvangen, Bergen.* — Abfahrt von Hamburg 15. Juli 1902. Dauer 16. Tage.

Fünfte Nordlandfahrt mit der Lustyacht „Prinzessin Victoria Luise" bis Drontheim; angelaufen werden: *Hoivarde, Odde, Molde, Naes, Drontheim, Maraak, Hillesylt, Oie, Loen* (Olden), *Balholmen, Gudvangen, Bergen.* — Abfahrt von Hamburg 3. August 1902. Dauer 14 Tage.

Alles Nähere enthalten die Prospecte.

Fahrkarten sind bei den inländischen Agenten der Gesellschaft zu Originalpreisen zu haben oder können bestellt werden bei der

Abtheilung Personenverkehr der Hamburg-Amerika Linie, Hamburg.

Vertreter in **Berlin:** **H. Gröngröft,** Unter den Linden 5.

Schloss Rodberg Bad Berka (Ilm). Kur- und Logirhäuser. Waldschlafhütten zur Freiluftkur.

Acht Minuten vom Bahnhof, inmitten herrlicher Hochwaldungen, hervorragend schön und geschützt gelegen. Wundervolle Spazierwege. Vortheilhaftester Aufenthalt für Erholungsbedürftige, Reconvalescenten, Blutarme, Herzkranke etc. Neubau mit allem Komfort. Bäder, eigene elektrische Lichtanlage, Centralheizung. Sommer und Winter geöffnet. Näheres durch Prospecte. †

In welches Bad soll ich reisen?

Auskunft u. Prospekte in **Hugo Stangen's Reisebureau, Berlin NW.,** Unter den Linden 30.*

Schloss-Hotel und Pension Hertenstein

Vierwaldstättersee, bei Luzern.

Unvergleichlich herrliche Lage; vollkommen staubfrei; **vollständig neu renovirt;** elektrische Beleuchtung; Fuhrwerke; Motorboot und Ruderschiffe zur Verfügung; Spielplätze; **grosser Park** (60 Jucharten) **mit wundervollen Aussichts-Punkten auf See und Gebirge.** — Prospekte zu Diensten.

Höflichst empfohlen durch den neuen Besitzer

Hans Bürchler
vorm. Besitzer des Hotel Hecht in St. Gallen.*

Wiesbaden. Promenade-Hotel, Wilhelmstr. 24.

Familien-Hotel u. Pension I. Ranges. Ganz renov., elektr. Licht, Lift; mäss. Preis, vorzgl. Verpfleg. Bei läng Aufenth. vorth. Vereinb. Möbl. Zimmer mit u. ohne Pens. auf Woch. u. Monate.*

Ostseebad Brunshaupten i. M.

Hôtel Strandperle.

Haus I. Ranges. Prachtvolle Lage, direkt an See u. Wald. Landungsbrücke, vorzügliche Pension, fast alle Zimmer mit Veranda oder Balkon. Telephon-Anschluss 6. Warme Seebad. Näheres durch den Besitzer § **H. Grammdorf.**

Marienbad. Villa Anita,

nächst der Waldquelle, in schönster Lage am Walde. Comfortabel eingerichtet, civile Preise. *

Bad Kissingen.

Hotel Württemberger Hof.

Neu renovirt. Hohe luftige Zimmer. Ruhige Lage. Grosser Garten. Zimmer von Mk. 1,50. — Pension von 6 Mk. an. Das ganze Jahr geöffnet.

Besitzer: Adolf Weber, langjähr. Direktor: Viktoria — Bad Kissingen — Menton — Louvre. *

Berlin Hotel Stadt Halle

Hochstrasse 5

Nähe des Anhalter und Potsdamer Bahnhofs.

Zimmer von 1.50 Mark an. §

Ostseebad Alt-Gaarz i. M.

Direkt a. See u. Salzhaff, einf. bill. Badeleb. bitte Prosp. verlang. †

Bad Salzbrunn-Görlitzer Hof

Einem P. T. Publikum zur gefl. Nachricht, dass ich mein unter obigem Namen bekanntes Logis-Haus einem vollständigen Um- und Neubau unterzogen habe. Das Haus mit seinen 30 comfortabel eingerichteten Zimmern hat durchweg electrische Beleuchtung und bietet von den Veranden eine herrliche Aussicht. Preise mässig.

Um gütigen Zuspruch bittet

Hochachtungsvoll
A. Bernstein,
Bad Salzbrunn-Görlitzer Hof.

Oberhof i. Thür.

825 m über dem Meere. Höchster klimatischer Luftkurort des Thüringer Waldes.

Wünschers Hotel Herzog Alfred

Bestes Haus am Platze in unvergleichlich herrlicher Lage am Hochwald, Südseite. **G. Dames,** Besitzer, langjähriger Oeconom der Firma *F. W. Borchardt* und vordem Director im *Hotel Bristol,* Berlin.

Villa Quisisana, Bad Ems.

Wilhelms-Allee 12.

Dicht am Walde, auf der linken Lahnseite an der Kaiserbrücke gelegen. **2 Minuten** von dem **Kurpark** u. d. **Königl. Badehaus** entfernt. **Comfortabel** eingerichtete Zimmer mit Balkons. Familienwohnungen. Grosser schattiger **Garten.** Pension auf Wunsch. H. Sommer.

Bad Harzburg

Soolbad u. Luftkurort

ist der landschaftl. schönste Ort Norddeutschl., mit unvergleichl. reiner kräftigender ozonreicher Luft [Prof. von Bergmann] und bat 100 km Promenadenwege. Wirksame **Soolbäder** gegen Scrophulose, Nerven- u. Frauenleiden etc. Fichtennadel- und sonstige medicin. Bäder und Inhalatorium. **Krode** [bester Kochsalz-] Brunnen gegen alle katarrhal. und Verdauungs-Leiden. Gebirgsquellwasser-Leitung. Bahn und Fernsprecher. Gasglühlicht. Offic. Saison-Anfang 15. Mai. Eröffnung d. Bades, d. Krodotrinkkur sowie vieler Hotels 1. Mai. Zahlreiche Hotels, Privatlogis u. Privatwohnungen in **allen** Preislagen. Prospekte und Wohnungsverzeichn. gratis vom **Herzogl. Badekommissariate.**

Coblenz. Central-Hotel,

Eisenbahnstr., Haltestelle d. elektr. Strassenbahn. Prachtv. Neubau, m. allem Comfort eingerichtet, m. f. Weinrestaurant u. Weinhandlung selbstgezogener Weine. Schöne Zimmer von 2 Mark an. Elektr. Licht u. Centralheizung.

Garnirtes Frühstück. Table d'hote 1 Uhr.

Specialhaus für Geschäftsreisende, schöne Ausstellungszimmer. Omnibus an allen Zügen, für Logirgäste unentgeltlich.

F. Gail,
langjährig. Oeconom im Civil-Casino.*

In Bad Ems

praktizirt wieder

Dr. med. Sa[illegible]

Kuranstalt Alicenhöhe Bad Nauheim.

Dirig. Arzt u. Bes. **Dr. Hans Stoll.**

Düsseldorf Bahnhof-Hotel

Telephon 1143 u. 1144
132 Z. m. 200 Betten, Centr.-Heiz., Electr. Licht, Personenaufzug. Neu. 1894 eröffn. feitd. 4. 2. Mal vergrös.
Werner & Schmidt.*

Seebad Norderney.

Hedden's Logierhaus, komf. einger., 1 Minute vom Strande. Schöne Balkons. *

Neapel.

Pension Schachmayer wird am 4. Mai direkt aus Meer nach Chiatamone No. 19 verlegt. Vorzügliche Aussicht auf Golf und Vesuv.

Anna Schachmayer, bisher via Nardones 60.

Bad Neuenahr Hotel Germania

2 Minuten vom Kurpark. Electr. Licht. Grosser Garten. Prospekte mit Diätvorschr. für **Zuckerkranke** grat. u. frco. Tel. No. 3. Bes. **Heinrich Seckler.** †